

27. IX. 1918

Die Lage in Oesterreich.

Von

Dr. Alexander Redlich.

B
A
r
n
b
r
ch
ie
m
e
n
er
s
n
t
r
l.

Der österreichische Ministerpräsident Dr. von Seidler hat am Dienstag im Abgeordnetenhaus sein Programm vortragen. Er hat zunächst betont, daß die ernsthaft gehegte Absicht, eine parlamentarische Regierung in Oesterreich aus Ruher zu bringen, gescheitert ist, und er hat gleichzeitig angekündigt, daß er seine Mission nunmehr keineswegs als vorübergehend betrachte; vielmehr ist sein Mandat und sind seine Absichten auf eine weitere Dauer berechnet.

Die Parlamentarisierung der österreichischen Regierung ist also bis zu einem ungewissen Zeitpunkt hinausgeschoben, und damit ist gesagt, daß die weitestgehenden Hoffnungen, die sich Ende Mai an die während des Krieges erstmalige Eröffnung des Reichsrats geknüpft haben, zurückgestellt werden müssen. Diese kühnsten Erwartungen gingen darauf hinaus, sogleich eine endgültige Lösung der nationalen Streitfragen zu finden und so die Möglichkeit eines fruchtbaren, durch die parlamentarische Regierungsform gekennzeichneten Zusammenarbeitens aller Nationalitäten zu schaffen. Diese Hoffnung auf eine freiwillige Anerkennung des österreichischen Staatsgedankens durch die Nationalitäten und ihre Einordnung unter diesen Gedanken ist bisher unerfüllt geblieben, und zwar ist sie im wesentlichen an den Tschechen, oder doch einem wesentlichen Teil von ihnen gescheitert.

Die Tschechen sind, trotz ihrer taktischen Geschlossenheit, keineswegs eine einzige und einheitlich gerichtete Partei. Sie zerfallen in mehrere Gruppen, von denen die Nationalsozialen den ausgesprochen antiösterreichischen Flügel bilden, während sich die Nationalen und Sozialdemokraten ebenso ausgesprochen auf dem Boden der Zugehörigkeit zum österreichischen Staat befinden. Wie erbittert der Kampf zwischen den extremen Flügeln des Tschechentums tobt, zeigt die skrupellose Verfolgung, die der tschechische Sozialdemokrat Smeral von seinen Konnationalen erfahren hat. Es wurde der ernste Versuch unternommen, ihn in eine erdichtete Bestechungsaffäre zu verwickeln, nur weil er als kluger Realpolitiker keine Lust hat, ausgesprochene Ententepolitik zu treiben. Die realpolitischen Erwägungen, die ihn und seine Gesinnungsgenossen rechtzeitig vor einer solchen Stellungnahme gewarnt haben, werden eines Tages, und vielleicht bald, sich auch den andersdenkenden Tschechen aufdrängen. Vorläufig ist es aber noch nicht so weit; vielmehr hat in der letzten Zeit die radikalisierende Richtung innerhalb des Tschechentums entschieden zugenommen. Sie hat auch die wichtigste tschechische Gruppe, die Jungtschechen, zu einem nicht unerheblichen Teil erfaßt. Das alte Staatsrechtsprogramm der Jungtschechen wollte den Ländern der böhmischen Krone eine der ungarischen ähnliche Stellung im Rahmen der Gesamtmonarchie verschaffen. Diesem Programm gegenüber würde eine weitere Radikalisierung in der Forderung bestehen, daß das Schicksal des tschechischen Staates ohne Rücksicht auf seine Zugehörigkeit zu Oesterreich auf der Friedenskonferenz entschieden werden solle. Diesem bisher von den Nationalsozialen vertretenen Programm hat sich nun auch ein Teil der Jungtschechen genähert.

Unter solchen Umständen war es klar, daß an eine Mitarbeit der Tschechen an der staatlichen Neuordnung Oesterreichs nicht gedacht werden konnte. Ebenso wenig aber war es möglich, die an sich arbeitswilligen übrigen slowischen Nationen dazu zu veranlassen, durch die Bildung eines Blocs gemeinsam mit den Deutschen die Tschechen einfach zu majorisieren. Die übrigen Slaven Oesterreichs drohen zwar keineswegs mit dem Abfall; aber auch sie haben ihre nationalen Forderungen, die vielfach über die von der Regierung und den Deutschen zugestandene Kreiseinteilung hinausgehen und zu deren Erfüllung ihnen die tschechische Hilfe unentbehrlich scheint.

Man hätte nun versuchen können, diese nichtdeutschen Nationalitäten dadurch zur Mehrheitsbildung heranzuziehen, daß man ihre Sonderwünsche ganz oder zu einem erheblichen Teil erfüllte. Aus dem vom Ministerpräsidenten entwickelten Programm geht nun hervor, daß diese Absicht bis auf weiteres nicht besteht. Denn Herr v. Seidler hat die Durchführung der Kreiseinteilung im ganzen österreichischen Staat mit Aufrechterhaltung der Kronlandsgrenzen angekündigt. Dieser Plan deckt sich weder mit den Wünschen der Südslawen noch der Polen. Um die Letzteren